



Österreichische Apothekerkammer

1091 Wien IX, Spitalgasse 31 — Postfach 87
Telefon 42 56 76-0 Δ

Wien, den 29. Juni 1989
Zl. III-15/2/2-1556/7/89
S/Sm

An das
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	38 - GZ/19 89
Datum:	- 4. JULI 1989
Verteilt	77 89

h. Lajek

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz und das Hausbesorgergesetz geändert werden; Begutachtung

Bezug:

Da. Schreiben vom 2. Mai 1989, Zl. 31.251/54-V/2/1989

Zu o.a. Bezug nimmt die Österreichische Apothekerkammer wie folgt Stellung. Die differenzierte Stellungnahme erklärt sich daraus, dass die Österreichische Apothekerkammer die gesetzliche Interessenvertretung sowohl der selbständigen Apotheker als auch der angestellten Apotheker ist und die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern naturgemäss divergieren.

I.

Die Abteilung der angestellten Apotheker der Österreichischen Apothekerkammer begrüsst die geplanten Änderungen zum Mutterschutzgesetz, insbesondere die Anrechnung des Karenzurlaubes für Ansprüche, die sich nach der Dauer der Dienstzeit richten. Insbesondere im Hinblick darauf, dass bei den angestellten Apothekern die Anzahl der weiblichen Mitglieder bei weitem überwiegt, ist die Änderung aus der Sicht der angestellten Apotheker und deren Interessenvertretungen besonders begrüßenswert.

- 2 -

Als wenig positiv wird hingegen die fünfjährige "Wartezeit" des § 15 Abs.2 gesehen, da die genannte Einschränkung dazu führen kann, dass ein erheblicher Teil der betroffenen Frauen - in vielen Fällen handelt es sich ja doch um junge Frauen, die - vor allem dann, wenn sie ein Hochschulstudium absolviert haben, noch nicht lange im Berufsleben stehen - nicht sofort in den Genuss der Anrechnung kommen würde.

Die Herstellung eines Zusammenhanges mit der Abfertigungsregelung des § 23 a Angestelltengesetz wird als nicht sachlich gerechtfertigt angesehen. Es wäre sachlich eher gerechtfertigt, einen Zusammenhang mit der langdauernden, über die Entgeltfortzahlungszeiträume hinausgehenden Erkrankung herzustellen, und die Zeit eines Karenzurlaubes nach dem Mutterschutzgesetz wie eine Zeit eines langdauernden Krankenstandes zu behandeln.

Die Abteilung der angestellten Apotheker begrüsst desweiteren die systemgerechte Angleichung der Entgeltfortzahlung während des Mehrarbeitsverbotes in Form der Weiterbezahlung von Überstunden, die zwar im Betrieb tatsächlich anfallen, aber von der werdenden Mutter aufgrund des Verbotes nicht geleistet werden können. Als ebenso positiv angesehen wird die Ablaufhemmung bei befristeten Dienstverhältnissen zur Vermeidung immer wieder feststellbarer Umgehungen des Kündigungsschutzes und die sonstigen Regelungen bezüglich Meldepflichten und Schutz der werdenden Mutter vor schädlichen Einflüssen bei der Arbeit.

II.

Die Abteilung der selbständigen Apotheker nimmt wie folgt Stellung:

Zu § 10a:

Es wird besonderer Wert darauf gelegt, dass befristete Dienstverhältnisse zur Erprobung unter den gleichen Bedingungen wie bisher abgeschlossen werden können, da im besonders verantwortungsvollen Apothekerberuf die Erprobung des fachlichen und persönlichen Harmonierens aller Mitarbeiter besonders wichtig

- 3 -

ist. Auch Ausbildungszwecke verlangen befristete Dienstverhältnisse (vgl. zB einjährige Ausbildung eines Magisters der Pharmazie zum vertretungsberechtigten Apotheker in einer öffentlichen Apotheke).

Zu § 14:

Die vorgeschlagene Änderung würde sich in Apotheken fast ausschliesslich so auswirken, dass Zuschläge für Nachtdienste, die wegen Schwangerschaft nicht geleistet werden, trotzdem ausbezahlt sind. Die Änderung muss daher abgelehnt werden.

Zu § 15 Abs.2:

Der vorgeschlagene Gesetzeswortlaut lässt offen, ob nur Karenzurlaube auf die Dienstzeit anzurechnen sind, die nach fünfjähriger Dienstzeit eintreten oder ob nach fünfjähriger Dienstzeit auch die Karenzurlaube dieser Periode für die Anrechnung wirksam werden. Letztere Auslegung könnte zur Folge haben, dass eine Schwangerschaftsabfertigung von 1 1/2 Monatsentgelten bei zwei Schwangerschaften bereits bei einer betrieblichen Anwesenheit von weniger als drei Jahren zustehen würde. Im zwar seltenen, aber doch denkbaren Fall von vier Geburten könnte im Zusammenhang mit der Urlaubsgestaltung bereits eine Betriebsanwesenheit von wenigen Tagen den Abfertigungsanspruch bewirken.

Aus Kostengründen ist die Abteilung der selbständigen Apotheker gegen die vorgesehene Anrechnungsbestimmung, zumindest wäre jedoch für eine klare Formulierung zu sorgen, sodass nur Karenzurlaubszeit angerechnet wird, die nach fünfjähriger Dienstzeit anfällt.

Die in den Erläuterungen gegebene Argumentation einer Gleichbehandlung von Präsenzdienern und Müttern ist im gegebenen Zusammenhang völlig verfehlt. Das Gleichbehandlungsstreben müsste vielmehr bei so unterschiedlichen Sachverhalten wie den vorliegenden unterschiedliche Rechtsfolgen auslösen.

Bei aller Anerkennung der sozialpolitischen Ziele des Gesetzes sollte nicht die gesamte Last den Betrieben aufgebürdet werden, sondern auch der Öffentlichkeit.

- 4 -

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.



Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident:

(Mag.pharm.Franz Winkler)